

## TOP 1: Eröffnung

Dr. Thomas Spies, Stellvertretender Vorsitzender des SPD-Bezirks Hessen-Nord, eröffnet den Bezirksparteitag. Er begrüßt die Delegierten, die Presse und Gäste.

Namentlich hebt er hervor: den Ersten Stadtrat der Stadt Baunatal Daniel Jung, den Vorsitzenden des SPD-Bezirks Hessen-Süd Kaweh Mansoori, die ehemalige nordhessische Europaabgeordnete Barbara Weiler, die ehemalige Landtagsabgeordnete Handan Özgüven, die Vertreter der Gewerkschaften, namentlich Axel Gerland (ver.di) und Friedrich Nothhelfer (IGBCE) sowie als Vertreterin der Presse Frau Hein (HNA). Außerdem begrüßt er alle anwesenden Landräte, Oberbürgermeister, Bundestags- und Landtagsabgeordneten.

Der Parteitag gedenkt der im Berichtszeitraum verstorbenen Mitglieder. Stellvertretend werden aus den Unterbezirken genannt:

Kassel-Stadt	Gudrun Frankenberger Martin Gertenbach Ruth Seibert Maria Vater Harry Völler
Kassel-Land	Wolfgang Hartmann Bernd Hobein Bernd Horstmann Regine Gründer-Weiß Kurt Müller Horst Müller-Kraus Erna Stäbe
Werra-Meißner	Horst Mangold Helga Höhne
Schwalm-Eder	Martin Hentschker Ilse Hosemann Wilfried Maszull Marianne Oschkinis Irene Teez-Menzel Manfred Strßmplat
Waldeck-Frankenberg	Hans Berghöfer Manfred Jahnes Karl-Heinz Schmidt Willi Sonnenschein
Marburg-Biedenkopf	Ottmar Amm Gerti Bietz Jürgen Dietzel Ursula Jahn Brigitte Klingelhöfer Hans Mehrbrodt Kurt Seibel Dr. Marlies Sewering-Wollanek
Fulda	Ludwig Schmidt Jakob Gärtner Hannelore Regler Manfred Schmauks
Hersfeld-Rotenburg	Dieter Charanza Christine Latz Fritz Schäfer Karl Vernau

## TOP2: Konstituierung

Dr. Thomas Spies stellt die ordnungsgemäße Einberufung des Bezirksparteitages durch Beschluss des Bezirksvorstands vom 28. Mai 2021, das Schreiben vom 2. Juni 2021 an die Unterbezirke und Arbeitsgemeinschaften mit Hinweis auf die Fristen sowie den Versand der Delegiertenunterlagen am 22. September 2021 (Satzungsfrist 29. September 2021) fest.

Mit beratender Stimme nehmen am Parteitag teil  
die Mitglieder des Bezirksausschusses,  
die Revisoren sowie  
die Mitglieder von Europaparlament, Bundestag und Landtag.

Die Frist für die Einreichung von Initiativanträgen und Wahlvorschlägen wird auf 10.30 Uhr festgesetzt.

### 2.1 Beschlussfassung über die Tagesordnung

Die vorgelegte geänderte Tagesordnung (Neu: TOP 5 „Nominierung zum Parteivorstand“ wird beschlossen.

### 2.2 Beschlussfassung über die Geschäftsordnung

Die Geschäftsordnung wird beschlossen.

### 2.3 Wahl des Präsidiums

Silke Engler	Kassel-Land	Jan Rauschenberg	Schwalm-Eder
Andreas Schaake	Waldeck-Frankenberg		

Das Präsidium wird gewählt.

### 2.4 Wahl der Mandatsprüfungs- und Wahlkommission

Kommission 1		Kommission 2	
Inge Harder	Wer-Mei	Michael Kilfitt	Wer-Mei
Jan-Hendrik Schaadt	Wer-Mei	Lisa Dollinger	KS-St
Teslihan Ayalp	KS-St	Florian Reichhold	Schw-Ed
Mario Lang	KS-St	Marc Nitzbon	Schw-Ed
Tracy Risch	Schw-Ed	Malte Martach	HEF-ROF
Florian Geißer	Schw-Ed	Barbara Eckhardt	HEF-ROF
Ralf Burkhardt	KS-Ld	Timo Storch	KS-Ld
Marianne Freitag-Thiele	KS-Ld	Florian Schneider	KS-Ld
Latif Al-Homssi	WA-FKB	Jan Metzger	WA-FKB
Tanja Hartdegen	Hef-ROF	Marc Einloft	MR-BID
Anna-Lena Stenze!	MR-BID	Robbie Jahnke	MR-BID
Volker Oertel	FD	Jenas Vasikonis	FD

**Kommission 3** wird aus den Geschäftsführer/innen der Unterbezirke gebildet.

Die Mandatsprüfungs- und Wahlkommission wird gewählt.

## 2.5 Bestätigung der Antragskommission

Esther Kalveram	BV
Torsten Warnecke	BV
Vera Krause	KS-Stadt
Christian Strube	KS-Land
Raimund Hug-Biegelmann	Wer-Mei
Martin Herbold	Schw-Ed
Stefan Bongert	WA-FKB
Sophie Frühwald	MR-BIO
Torsten Warnecke	HEF-ROF

Die Antragskommission wird bestätigt.

### Grußworte

Der Erste Stadtrat der Stadt Baunatal, Daniel Jung, heißt die Delegierten des Bezirksparteitags herzlich in Baunatal willkommen. Er erinnert daran, wo die SPD noch vor Monaten in den Umfragen lag und dass sie in einer fulminanten Aufholjagd und mit einem engagierten Wahlkampf in großer Geschlossenheit als Sieger aus der Bundestagswahl hervorgegangen ist. Auch erinnert er daran, dass der Wahlkampf in der Stadt Baunatal noch nicht vorbei ist. Dort gelte es jetzt alle Kräfte darauf zu konzentrieren, dass Manuela Strube, die Kandidatin der SPD, nach dem 7. November die neue Bürgermeisterin der Stadt Baunatal ist.

Michael Roth, Staatsminister im Auswärtigen Amt und Spitzenkandidat der hessischen SPD bei der Bundestagswahl, freut sich über das Ergebnis der Bundestagswahl, insbesondere in Hessen und in Nordhessen. Er sagt, die nordhessische SPD sei nach wie vor die stabile Kraft in der deutschen Sozialdemokratie. Darin liege auch die Chance, dass die hessische SPD ein Stabilitätsanker werde auch mit Blick auf die anstehende Wahlkreisreform. Vor der Sozialdemokratie liegen schwierige Aufgaben, wie beispielweise der Klimaschutz. Diese Zukunftsfrage müsse beherzt und konsequent angefasst werden. Aber die Maßnahmen für den Klimaschutz müssen auch gerecht sein. Die Hauptlasten dürften nicht den kleinen Leuten aufgebürdet werden.

Der Vorsitzende des SPD-Bezirks Hessen-Süd, Kaweh Mansoori, gratuliert der nordhessischen SPD zu einem bärenstarken Wahlergebnis, gerade angesichts der schwierigen Situation am Jahresanfang.

Er weist darauf hin, dass der Wahlerfolg nicht nur der Schwäche der anderen Parteien geschuldet sei. Eine wesentliche Rolle sei auch den Sozialstaatsbeschlüssen des Bundesparteitags 2019 zuzuschreiben. Die nächste Bundesregierung biete die Chance für einen neuen Aufbruch in unserem Land. Industrielle Wertschöpfung, sozialer Ausgleich und Klimaschutz müssten zusammen gedacht werden.

Der hessische Europaabgeordnete Dr. Udo Bullmann begrüßt den Parteitag in einer Videobotschaft. Er weist auf die dringende Aufgabe hin, die EU zu stärken und weiter zu demokratisieren. Er wünscht dem Bezirksparteitag einen guten Verlauf und gute Beschlüsse.

## TOP 3 Berichte

### 3.1 Bezirksvorsitzender

Bezirksvorsitzender Timon Gremmels dankt zuerst dem Spitzenkandidaten der hessischen SPD bei der Bundestagswahl, Michael Roth, für seinen Einsatz im Wahlkampf. Die hessische SPD hat zur Bundestagswahl 15 Mandate errungen, davon 14 Direktmandate. Der Abstand vor der CDU beträgt mehr als 5 Prozent. Gremmels dankt allen Direktkandidatinnen und -kandidaten für großes Engagement. Er betont: „Die Ergebnisse geben Mut und Zuversicht. Dieser Schwung muss jetzt noch genutzt werden für die Landratswahl im Werra-Meißner-Kreis, für die Bürgermeisterwahl in Baunatal, damit Friedlenze neuer Landrat im Werra-Meißner-Kreis und Manuela Strube die neue Bürgermeisterin der VW-Stadt wird.“

Timon Gremmels erläutert, dass der SPD-Bezirk gut aufgestellt ist. Seit 2019 haben er und Tim Herbst strukturelle Änderungen im Bezirk vollzogen sowie durch Einsparungen im Bezirk die Unterbezirke gestärkt.

Er weist darauf hin, dass der Bezirk anlässlich des 125. Geburtstags Elisabeth Selberts, der bedeutenden nordhessischen Sozialdemokratin und Mutter des Grundgesetzes, ohne die die Gleichstellung nicht in unserer Verfassung verankert worden wäre, den Roten Saal im Wilhelm-Pfannkuch-Haus in „Dr. Elisabeth-Seibert-Saal“ umbenannt hat.

Auch wurde der Ehrenamtspreis des Bezirks zur Würdigung seines Initiators, des 2018 verstorbenen Bezirksvorsitzenden, in „Manfred-Schaub-Ehrenamtspreis“ umbenannt.

Gremmels betont, dass das gute Abschneiden bei der Bundestagswahl Lust auf den Wechsel auch in Hessen mache.

### 3.2 Bezirksschatzmeister

Der Finanzbericht liegt dem Parteitag schriftlich vor.

### 3.3 Revisoren

Der Bericht der Revisoren liegt dem Parteitag schriftlich vor.

### 3.4 Mandatsprüfungskommission

Der Bericht der Mandatsprüfungskommission hat folgendes Ergebnis:

Unterbezirk	eingeladene Delegierte	fehlende Delegierte	Anwesende Delegierte	davon Frauen	in%
Kassel-Stadt	21	5	16	4	25,0%
Kassel-Land	60	18	42	14	33,3%
Werra-Meißner	24	4	20	5	25,0/0
Schwalm-Eder	53	15	38	9	23,7%
Waldeck-Frankenberg	21	8	13	3	7,9%
Marburg-Biedenkopf	32	10	22	10	45,5%
Fulda	13		13	5	38,5%
Hersfeld-Rotenburg	26	7	19	5	26,3%
Bezirksvorstand	19	5	14	5	35,7%

Von 269 eingeladenen Delegierten fehlen 67. Es sind 202 Delegierte anwesend, davon 60 Frauen (29,7 %).

Somit ist der Bezirksparteitag beschlussfähig.

### **3.5            Aussprache**

In der Aussprache spricht Norbert Schüren. Er bewertet den Wahlausgang und weist darauf hin, dass die Klimapolitik das dringendste Problem ist, für das die SPD in den kommenden Jahren Lösungen finden muss, insbesondere, wenn sie mehr Wählerstimmen bei den jungen Menschen gewinnen will.

### **3.6            Entlastung des Bezirksvorstands**

Die Sprecherin der Revisoren Judith Boczkowski beantragt die Entlastung des Bezirksvorstands und des Bezirkskassierers.

Die Entlastung wird einstimmig erteilt.

### **TOP4            Nach der Wahl ist vor der Wahl - Analyse und Einschätzung zur Bundestagswahl mit einem Ausblick auf die Landtagswahlen 2023 Nancy Faeser MdL, SPD-Landesvorsitzende**

Die SPD-Landesvorsitzende und Fraktionsvorsitzende im Hessischen Landtag Nancy Faeser bedankt sich in ihrer Rede für den Einsatz aller Anwesenden im Wahlkampf, der es erst ermöglicht hat, dass die SPD wieder stärkste politische Kraft wurde. Unter dem Parteitagsmotto „Nach der Wahl ist vor der Wahl“ analysiert sie die Ergebnisse der Bundestagswahl vom 26. September in Hessen und stimmt die Delegierten auf erste inhaltliche und programmatische Ziele der Sozialdemokraten mit Blick auf die Landtagswahl 2023 ein. Es müsse der SPD immer darum gehen, mit sozialem Fortschritt dafür zu sorgen, dass es den Menschen Tag für Tag besser gehe. Die Gesellschaft müsse moderner *und* gerechter werden. „Wir stehen am Beginn eines sozialdemokratischen Jahrzehnts“, ruft sie den Delegierten im Saal der Baunataler Stadthalle zu. Diesen Schwung gelte es nun, nach Hessen mitzunehmen. Sie benennt die Defizite der derzeitigen Hessischen Landesregierung. U. a. brauche auch Hessen endlich ein Klimaschutzgesetz. Eine SPD-geführte künftige Landesregierung wolle auch dafür sorgen, dass die Gesundheitsversorgung in öffentlicher Hand bleibe. Schließlich geht sie auf die Unverzichtbarkeit von Industriearbeitsplätzen ein und stellt klar, dass die Hessische SPD immer Zeit haben werde, „sich vor die Werkstore zu stellen“. Zum Schluss fordert Nancy Faeser sehr nachdrücklich ein entschlosseneres Vorgehen gegen den Rechtsextremismus. Das alles gehe nur mit der SPD.

### **TOPS            Nominierung zum Parteivorstand**

Timon Gremmels schlägt vor, Michael Roth für eine erneute Kandidatur für den Parteivorstand zu nominieren.

Der Bezirksparteitag nominiert Michael Roth ohne Aussprache einstimmig für den Parteivorstand.

### **TOP7            Aussprache zu TOP 4 und 5**

Es wird keine Aussprache gewünscht.

## TOP7 Antragsberatung

Tagesordnungspunkt 7 und 8 werden verzahnt behandelt.

Die Antragsberatungen haben folgende Ergebnisse:

Landtag des Landes Hessen

Landtag des Landes Hessen

<b>S</b>	<b>1</b>	Verkleinerung Delegiertenanzahl Bezirksparteitag	beschlossen
1	1	Gesundheitsversorgung ist keine Ware - UKGM zurück zum Land	Adressat ändern in SPD-Bundestagsfraktion, SPD- Landtagsfraktion  mit dieser Änderung beschlossen
1	2	Programm für Klimaschutz und Energiewende	überwiesen an den SPD- Bezirksvorstand
1	3	Kritische Hinterfragung des § 60b Aufenthaltsgesetz sowie ersatzlose Streichung des Entzugs der Erwerbstätigkeit	überwiesen an den SPD- Bezirksvorstand
1	4	Wahlkreisreform für Landtagswahlkreise muss klare Vorgaben erfüllen	beschlossen

SGR	1	Ausgleich der erheblichen Mehrbelastungen der Kommunen im Bereich der Eingliederungshilfe durch das Land Hessen	Zeilen 4-5 streichen  mit dieser Änderung beschlossen
SGR	2	Rentenpolitik -Kurswechsel	Zeilen 17-18 neu: Das bisherige deutsche Drei- Säulen-Modell der Alterssicherung und die damit verbundene Teilprivatisierung ist gescheitert.  Zeilen 32 - 35 streichen: "Sie umfasst alle Generationen..... Betriebe oder Branchen."  Zeilen 38-40 neu: Durch eine sozialstaatlich ausgestaltete und gerecht finanzierte Absicherung muss ein gutes Leben im Alter garantiert werden.

Zeilen 62-63 neu:  
Die gesetzliche Rente muss auch zukünftig die dominante Säule der Alterssicherung sein.

Zeile 67:  
"lebensstandardsichernde" ersetzen durch:  
auskömmliche

Zeilen 83-87 neu:  
Durch schrittweise Anhebung des Rentenniveaus, um ein gutes Leben im Alter zu garantieren und eine auskömmliche Rente weitgehend zu sichern, ist die Abwärtsspirale bei der Rente mit einem dramatischen Anstieg der Altersarmut dauerhaft zu stoppen.

Zeilen 88-93 streichen

Zeile 110: "Sozialgesetzbuch Nr.6" ersetzen durch:  
Sozialgesetzbuch VI

Zeilen 120-130 streichen

Zeilen 132-137 streichen -

Zeile 139: "paritätisch" ersetzen durch:  
solidarisch

Zeilen 143-145 neu:  
Die Weiterentwicklung der solidarisch finanzierten Rentenversicherung in die zukünftig alle Erwerbstätigen in Form einer Erwerbstätigenversicherung in das Rentensystem einbezogen werden.

Zeilen 164-169 streichen

Zeilen 171-174 streichen

Zeilen 176-181 streichen

Zeile 186"paritätisch" ersetzen durch:  
solidarisch

Zeilen 214-215 streichen

			<p>Zeilen 217-221 streichen</p> <p>Zeilen 223-227 streichen</p> <p>Zeilen 229-232 neu: Um ein ausreichendes Grundeinkommen für alle Bevölkerungsschichten zu erreichen, muss der Grundfreibetrag deutlich angehoben werden.</p> <p>Zeile 246 streichen: "Die"</p> <p>Zeilen 251-252 streichen</p> <p>Zeile 276 "weiter" ersetzen durch: weiterhin</p> <p>Zeilen 303-304 streichen</p> <p>Zeile 327 streichen: Für alle Generationen"</p> <p>Zeilen 337-340 streichen: .Im vorletzten ..... um zwei Jahre verlängert."</p> <p>mit diesen Änderungen beschlossen</p>
SGR	3	Krankenhausfinanzierung	beschlossen
SGR	4	Ärztliche Versorgung für Schwangerschaftsabbrüche sicherstellen	<p>Zeilen 5-8 streichen: .Wichtig.... zu geben."</p> <p>mit dieser Änderung beschlossen</p>
SGR	5	Spielen ist wichtig - inklusive Spielplätze schaffen	<p>Zeilen 1-2 neu Bund und Länder sollen für die Einrichtung von barrierefreien Spielplätzen sowie die bauliche Veränderung bereits bestehender Spielplätze, um Barrieren abzubauen - Förderprogramme für Kommunen aufsetzen.</p> <p>mit dieser Änderung beschlossen</p>



<b>WBA</b>	1		überwiesen an SPD-Bezirksvorstand
<b>WBA</b>	2		überwiesen an SPD-Bezirksvorstand
<b>WBA</b>	3	Gerechtigkeit für Zentralafrika	Antragstext: Zeilen 17-26 sowie anschließend Zeilen 14-16  Zeilen 2-13 werden Begründung mit dieser Änderung beschlossen
<b>WBA</b>	4	Mehr Sicherheit - Weniger Befristungen	Zeilen 6-7 streichen  mit dieser Änderung beschlossen

<b>R</b>	1	Ernährungswende wagen und gestalten	Zeile 11 "Hafermilch" ersetzen durch: Hafertrunk  mit dieser Änderung beschlossen
----------	---	--	--

Die weiteren Anträge werden zur Beratung an den Bezirksausschuss überwiesen.

## **TOPS            Wahlen**

Die Wahlgänge haben folgende Ergebnisse:

### **8.1.1            Bezirksvorsitzender**

Zum Bezirksvorsitzenden wählt der Parteitag Timon Gremmels mit folgendem Ergebnis

abgegebene Stimmen	davon gültig	davon ungültig
181	180	
Ja	Nein	Enthaltung
159	11	10

### **8.1.2            Stellvertretende Bezirksvorsitzende**

Zur weiblichen Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden wählt der Parteitag Martina Werner mit folgendem Ergebnis:

abgegebene Stimmen	davon gültig	davon ungültig
189	188	1
Ja	Nein	Enthaltung
159	19	10

### 8.1.3 stellvertretender Bezirksvorsitzender

Zum Stellvertretenden Bezirksvorsitzenden wählt der Parteitag Dr. Thomas Seitz mit folgendem Ergebnis:

abgegebene Stimmen	davon gültig	davon ungültig
189	188	1
Ja 160	Nein 17	Enthaltung 11

### 8.1.4 Bezirksschatzmeister

Zum Bezirksschatzmeister wählt der Parteitag Dr. Edgar Franke mit folgendem Ergebnis:

abgegebene Stimmen	davon gültig	davon ungültig
1	11	1
Ja 160	Nein 20	Enthaltung 8

### 8.1.5 15 Beisitzer/innen im Bezirksvorstand

Die Wahlen der 15 Beisitzer/innen im Bezirksvorstand haben folgendes Ergebnis:

abgegebene-stimmen	davon gültig	davon ungültig
191	190	1
Sommer, Dr. Daniela		146
Krause, Vera		135
Strube, Christian		135
Petzold Rene		134
Kömpel, Birgit		120
Hartdegen, Tanja		117
Schaake, Andreas		117
Fissmann, Karina		116
Müller, Steffen		116
Vaupel, Monika		111
Klusmann, Alexandra		103
Schüren, Norbert		102
Lenze, Friede!		92
Richter, Siegfried		88
Ruhwedel, Iris		87
Rottwilm, Dr. Philipp		83
Schwerdtfeger, Wolfgang		68

Damit sind Daniela Sommer, Vera Krause, Christian Strube, Rene Petzold, Birgit Kömpel, Tanja Hartdegen, Andreas Schaake, Karina Fissmann, Steffen Müller, Monika Vaupel, Alexandra Klusmann, Norbert Schüren, Friedel Lenze, Siegfried Richter und Iris Ruhwedel gewählt.

Dr. Philipp Rottwilm und Wolfgang Schwerdtfeger sind nicht gewählt.

## **8.2 5 Revisorinnen und Revisoren**

Die Wahl der 5 Revisorinnen und Revisoren hat folgendes Ergebnis:

Boczkowski, Judith  
Noll, Jochen  
Pöllmann, Doris  
Richter, Jens  
Schmitt, Wolfgang

### **8.3.1 Vorsitzende/r der Bezirksschiedskommission**

Der Parteitag wählt Senol Özgüven zum Vorsitzenden der Bezirksschiedskommission:

abgegebene Stimmen	davon gültig	davon ungültig
161	158	3
Ja	Nein	Enthaltung
152	1	5

### **8.3.2 2 Stellvertretende Vorsitzende der Bezirksschiedskommission**

Die Wahl der 2 Stellvertretenden Vorsitzenden der Bezirksschiedskommission hat folgendes Ergebnis:

abgegebene Stimmen	davon gültig	davon ungültig
161	161	0
	Stimmen	
Gabriele Baar:	150	
Fischer, Dr. Lothar	135	

Damit sind Gabriele Baar und Dr. Lothar Fischer gewählt.

### **8.3.3 4 weitere Mitglieder der Bezirksschiedskommission**

Die Wahl der 4 weiteren Mitglieder der Bezirksschiedskommission hat folgendes Ergebnis:

abgegebene Stimmen	davon gültig	davon ungültig
161	161	0

	Stimmen:
Kraß-Köhler, Elisabeth	140
Marine, Sabine	140
Scheurnmann, Tilo	137
Zick, Jürgen	139

Damit sind alle Kandidaten gewählt.

### **TOP9 Wahl der Delegierten zum Parteikonvent**

Die Wahl der Delegierten zum Parteikonvent hat folgendes Ergebnis:

abgegebene Stimmen	davon gültig	davon ungültig
150	149	1
Petzold, Rene		<b>88</b>
Werner, Martina		87
Gremmels, Timon		79
Engler, Silke		77
Frühwald, Sophie		69
Franke, Edgar		67
Schüren, Norbert		<b>62</b>
Kindler, Johanna		61
Schaake, Andreas		58
<hr/>		
Vaupel, Monika		<b>46</b>
Fehr, Manfred		43
Schneider, Florian		<b>43</b>
Hechelmann, Dr. Ron-Hendrik		30
Maraun, Lara		27
Stückrath, Corinna		27
Heinemann, Uwe		26
Kossick, Natascha		<b>24</b>
Schirmer, Renata		22

Damit sind Rene Petzold, Martina Werner, Timen Gremmels, Silke Engler, Sophie Frühwald, Edgar Franke, Norbert Schüren, Johanna Kindler und Andreas Schaake gewählt.


Monika Vaupel, Manfred Fehr, Florian Schneider, Ron-Hendrik Hechelmann, Lara Maraun, Corinna Stückrath, Uwe Heinemann, Natascha Kossick und Renata Schirmer sind Ersatzdelegierte.

**TOP10**

**Schlusswort**

Timon Gremmels schließt den Parteitag. Er verabschiedet die ausscheidenden Bezirksvorstandsmitglieder und dankt ihnen für ihr Engagement. Auch dankt er den Delegierten für die konstruktive Arbeit und wünscht allen einen guten Nachhauseweg.

Für das Präsidium

*ji/2* 

Silke Engler

Andreas Schaake

Protokollführung im Parteitag: Ilona Holstein, Lukas Eme

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
9. Oktober 2021  
Baunatal**

Antrag: S1

Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand

Adressat: Bezirksparteitag

Verkleinerung Delegiertenanzahl Bezirksparteitag

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Die Satzung des SPD-Bezirk Hes-sen-Nord (beschlossen durch den Bezirksparteitag 1972 mit  
2 der letzten Änderung vom 31. Mai 2008) wie folgt zu ändern:

3  
4 §5 Abs. 1 a)

5  
6 Der Bezirksparteitag ist das oberste Organ des Bezirkes.  
7 Er setzt sich zusammen aus:

- 8  
9 a) zweihundert von den Unterbezirksparteitagen gewählten Delegierten. Die Verteilung der  
10 Mandate erfolgt nach der Mitgliederzahl, für die in den vorausgegangenen vier  
11 Quartalen Pflichtbeiträge abgerechnet worden sind. Die Unterbezirke sind verpflichtet, in  
12 ihren Delegationen jedes Geschlecht mit mindestens 40 % zu beteiligen. Die  
13 Delegationskosten sind von den Unterbezirken zu tragen.

14  
15  
16 Begründung erfolgt mündlich.

- 17  
 angenommen  
 abgelehnt  
 überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord**  
**09. Oktober 2021**  
**Baunatal**

Antrag: 101

Antragsteller: Benötigte Unterschriften liegen vor

Adressat: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landtagsfraktion

Resoluition - Gesundheitsversorgung ist keine Ware -  
UKGM zurück zum Land!

Der Bezirksparteitag möge beschließen:

- 1 Die Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen-Marburg (kurz: UKGM) durch die CDU-
- 2 geführte Landesregierung war ein Fehler, ist ein Fehler und wird ein Fehler bleiben. Die akute
- 3 Kündigungswelle von Pflegekräften am UKGM, die dazu führt, dass nahezu eine komplette
- 4 Station an eine andere Klinik wechselt, ist ein neuer Beweis hierfür. Die sozialdemokratische
- 5 Forderung, dass Gesundheit in öffentlicher Hand bleiben muss, um Gesundheitsversorgung zu
- 6 gewährleisten und diese nicht marktwirtschaftlichen Interessen unterzuordnen, erneuern wir
- 7 hiermit. Die Fehler, die in den letzten Jahren am UKGM gemacht wurden, müssen durch die
- 8 hessische Landesregierung revidiert werden. Als Anteilseignerin hat die Landesregierung die
- 9 Möglichkeit, im Aufsichtsrat eine Gesellschafterversammlung einzuberufen und ihrer
- 10 Kontrollfunktion gerecht zu werden.
- 11 Dies muss umgehend geschehen! Ansonsten macht sich die hessische Landesregierung des
- 12 bewussten Wegschauens schuldig.
- 13
- 14 Des Weiteren müssen konsequente qualitative und quantitative Personalstandards eingeführt
- 15 werden. Anstatt Personal nur als Kostenfaktor zu sehen, sollte Asklepios die Verantwortung
- 16 gegenüber Personal und Patient\*innen ernst nehmen. Denn: Personalstandards sind
- 17 Sicherheitsstandards. Es darf nicht sein, dass die Privatisierung des UKGM auf dem Rücken
- 18 des Personals durchgezogen wird. Die Überlastung des Personals ist eine Zumutung für die
- 19 Beschäftigten sowie eine potenzielle Gefahr für die Patient\*innen.
- 20 Das UKGM muss einen Versorgungsauftrag gewährleisten. Dieser betrifft die
- 21 Gesundheitsversorgung der Patient\*innen genauso wie gute Forschung und Lehre, die
- 22 weiterhin betrieben werden müssen.
- 23
- 24 Die aktuelle Kündigungswelle zeigt mit dem Brennglas die Probleme des privatisierten
- 25 Universitätsklinikums auf. Doch schon zuvor gab es seitens der Klinikumsführung einen
- 26 Stellenabbau in allen Bereichen, in dem unter anderem Stellen nicht mehr nachbesetzt wurden
- 27 Dies stellt eine zusätzliche Belastung für das Personal dar, denn: Auch wenn Stellen nicht
- 28 nachbesetzt werden, bleibt die Masse an Arbeit, die verrichtet werden muss, die gleiche. Eine
- 29 weitere Auslagerung von Stationen oder Bereichen des UKGM an nur einen Standort des
- 30 UKGM, Gießen oder Marburg, gilt es zu verhindern.
- 31
- 32 Wir fordern Asklepios auf, sich dazu zu bekennen, kein weiteres Outsourcing und keine
- 33 Tarifflicht zu begehen. Auch betriebsbedingte Kündigungen sowie Änderungskündigungen
- 34 müssen unterbunden werden. Diese Forderungen sollten in einem Tarifvertrag festgehalten
- 35 werden.
- 36

37 Bei all diesen Forderungen ist die Landesregierung in der Verantwortung, ihre Pflicht  
38 wahrzunehmen und die Abläufe am UKGM kritisch zu begleiten. Es darf nicht sein, dass die

39 Beschäftigten am UKGM ein zweites Mal im Regen stehen gelassen werden und das ausbaden  
40 müssen, was die CDU-geführte Politik in den Sand gesetzt hat. Abschließend bleibt zu sagen:  
41 Das UKGM muss zurück in die öffentliche Hand!  
42

43  
44.  
45 Begründung erfolgt mündlich.  
46

47 angenommen

abgelehnt

überwiesen an



**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
09. Oktober 2021  
Baunatal**

Initiativantrag: 104

Antragsteller: Benötigte Unterschriften liegen vor

Adressat: SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag

Wahlkreisreform für Landtagswahlkreise muss klare Vorgaben erfüllen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 1. Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord unterstreicht die Unverzichtbarkeit der  
2 Einhaltung der verfassungsgemäßen Vorgaben für die Wahlkreisgrößen zu  
3 Landtagswahlen.  
4
- 5 2. Die Zahl der 55 Wahlkreis muss dabei eine der Vorgaben für eine Reform sein.  
6
- 7 3. Gerade im ländlichen Raum kann die Flächengröße der Wahlkreise sowie die Vielzahl  
8 der Stadt- und Ortsteile nur durch eine direkte Vertretung im Landtag ihren Ausdruck  
9 finden.  
10
- 11 4. Dies bedeutet für den SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord jedoch aber auch, dass den  
12 Versuchen der CDU über eine Wahlkreisreform, die vermuteten Mehrheitsverhältnisse  
13 zu verändern, einen Riegel vorzuschieben ist

**14**

15 Begründung erfolgt mündlich.  
16

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
9. Oktober 2021  
Baunatal**

Antrag: SGR01  
Antragsteller: SPD-Bezirksvorstand  
Adressat: SPD-Landtagsfraktion

Ausgleich der erheblichen Mehrbelastungen der Kommunen  
im Bereich der Eingliederungshilfe durch das Land Hessen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1 Die erheblichen Mehrbelastungen der Kommunen im Bereich der Eingliederungshilfe sind durch  
2 das Land Hessen auszugleichen.  
3  
4  
5 **Begründung:**  
6  
7 Das Bundesteilhabegesetz (BTHG) war sinnvoll und notwendig, da behinderten Menschen  
8 ermöglicht werden muss, so selbständig wie möglich gleichberechtigt in der Gesellschaft  
9 leben zu können. Hierfür muss der Mensch im Mittelpunkt stehen und seine Ziele zum  
10 Ausdruck bringen und verfolgen können. So ist es folgerichtig, dass die Beratung und die  
11 Erhebung der Bedarfe von behinderten Menschen nunmehr vor Ort durch den  
12 Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV) erfolgt, auch wenn dies einen deutlichen  
13 personellen Mehrbedarf mit sich bringt.  
14  
15 Hinzu kommt, dass durch veränderte Regelungen im Bereich der Anrechnung von  
16 Einkommen und Vermögen ab 2020 deutlich weniger Einnahmen zu verzeichnen sind.  
17 Auch Angehörige behinderter Menschen müssen nun durch das  
18 Angehörigenentlastungsgesetz deutlich geringere Unterhaltsleistungen entrichten. Allein  
19 dieses Gesetz führte zu Mindereinnahmen beim LWV i.H.v. mehr als 4 Mio. € jährlich.  
20  
21 Abgesehen von den Auswirkungen des Bundesteilhabe- und des  
22 Angehörigenentlastungsgesetzes steigt die Anzahl der behinderten Menschen  
23 kontinuierlich. Allein der LWV verzeichnet in den letzten 10 Jahren eine Steigerung von rd.  
24 1000 Fallzahlen pro Jahr. Aufgrund der zusätzlichen Fälle und der ansteigenden Leistungs-  
25 intensität wegen zunehmenden Alters der leistungsberechtigten Menschen entstehen  
26 Mehraufwendungen i.H.v. rd. 40 Mio. € pro Jahr. Hinzukommen die tariflichen Steigerungen  
27 im Pflege- und Betreuungsbereich, die den Leistungserbringern zu erstatten sind. Diese  
28 Anpassungen erfordern jährliche Mehraufwendungen in zweistelliger Millionenhöhe.  
29  
30 Diese finanziellen Mehrbelastungen kann der LWV nicht durch Einsparungen von  
31 Aufwendungen kompensieren. Die Verbandsumlage wird zwangsläufig steigen. Für das  
32 Jahr 2021 ist eine Erhöhung um rd. 61 Mio. € vorgesehen, obgleich der LWV  
33 Personaleinsparungen vornimmt. Aber auch die Aufwendungen der Eingliederungshilfe für  
34 Kinder und Jugendliche, für die die Landkreise und kreisfreien Städte seit dem 01.01.2020  
35 direkt verantwortlich sind, steigen deutlich an.

36  
37  
38  
39  
40  
41  
42  
43  
44  
45

Das Land muss hier seiner Verantwortung gerecht werden und die Landkreise bzw. kreisfreien Städte sowie den Landeswohlfahrtsverband entsprechend finanziell ausstatten, damit diese die gesetzlichen Vorgaben umsetzen und den Bedürfnissen der Menschen mit Behinderung gerecht werden können.

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
9.Oktober 2021  
Baunatal**

Antrag: SGR02

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundesparteitag

Rentenpolitik - Kurswechsel!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 DEN KURS IN DER RENTENPOLITIK GRUNDLEGENDE WECHSELN!
- 3
- 4 Solidarisch und gerecht! - den Lebensstandard im Alter sichern. Der Bundesparteitag möge
- 5 beschließen: Das deutsche System der Altersvorsorge wird den Anforderungen von Sicherung
- 6 des Lebensstandards in einer sich wandelnden Arbeitswelt und Gesellschaft trotz der von der
- 7 SPD durchgesetzten punktuellen begrüßenswerten und in die richtige Richtung zielenden
- 8 Verbesserungen immer weniger gerecht. Immer mehr Menschen droht im Alter der Gang zum
- 9 Sozialamt. Selbst Durchschnittsverdienende müssen mit einer Mager-Rente rechnen. Schuld
- 10 sind die Verwerfungen der letzten Jahrzehnte auf dem Arbeitsmarkt und eine verfehlte
- 11 Rentenpolitik. Menschen, die über einen langen Zeitraum Beiträge einzahlen, müssen im
- 12 Gegenzug auch darauf vertrauen können, dass sie am Ende ihres Berufslebens eine
- 13 auskömmliche gesetzliche Rente beziehen werden. Diese Erwartung spiegelt noch immer einen
- 14 breiten gesellschaftlichen Konsens wider, und wird nach wie vor generationenübergreifend
- 15 geteilt.
- 16
- 17 Das bisherige deutsche Drei-Säulen-Modell der Alterssicherung und die damit verbundene
- 18 Teilprivatisierung ist gescheitert. Nur wenige haben die Möglichkeit, die wachsenden
- 19 Versorgungslücken in Folge des festgelegten Leistungsabbaus der gesetzlichen
- 20 Rentenversicherung durch private Vorsorge zu schließen. Eine zusätzliche betriebliche
- 21 Altersvorsorge gibt es nicht flächendeckend, sie befindet sich in Zeiten einer langjährigen
- 22 Niedrigzinsphase auf dem Rückzug und erreicht gerade diejenigen Arbeitenden am wenigsten,
- 23 die sie am dringendsten bräuchten.
- 24
- 25 Die Leistungsreduzierungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung, insbesondere nach der
- 26 Jahrtausendwende, waren vom Streben nach einem möglichst niedrigen Beitragssatz
- 27 getrieben. Dieser Weg bringt die Versicherten in eine Sackgasse, in der den marginalen
- 28 Entlastungen in der Erwerbsphase sozialer Abstieg oder gar Armut im Alter folgen. Deshalb
- 29 muss es einen Kurswechsel und eine Rückbesinnung auf das Versorgungsprinzip sozialer
- 30 Sicherung geben. Auskömmliche Renten müssen wieder primäres Sicherungsziel des
- 31 Sozialstaates werden. Die Rentenversicherung zählt zum Kern unseres Sozialstaats und hat
- 32 sich seit vielen Jahrzehnten bewährt. Gerade in der Zeit seit der Finanzmarktkrise ab 2008
- 33 stellte sich die Stärke dieses umlagefinanzierten Sicherungssystems heraus. Sie stellt dabei
- 34 eine hälftige Finanzierung durch die Arbeitgeber sicher. Zugleich nutzt sie bestmöglich den
- 35 Vorteil möglichst großer, solidarischer Kollektive. Unser rentenpolitisches Ziel ist es, in Zukunft
- 36 den Solidarvertrag zwischen den und innerhalb der Generationen zu schützen und
- 37 weiterzuentwickeln. Durch eine sozialstaatlich ausgestaltete und gerecht finanzierte
- 38 Absicherung muss ein gutes Leben im Alter garantiert werden. Deshalb wollen wir einen

39 Kurswechsel in der Rentenpolitik mit einer langfristig deutlichen Steigerung des gesetzlichen  
40 Rentenniveaus mit dessen dauerhafter Ankoppelung an die allgemeine Wohlstandsentwicklung.  
41 Private und betriebliche Altersvorsorge sollte zukünftig in Form zusätzlicher Beiträge zur  
42 Stärkung und dem Ausbau der gesetzlichen Rentenversicherung verwendet werden.

43  
44 Angesichts des tiefgreifenden Strukturwandels der Arbeitswelt und der bevorstehenden  
45 Transformation der Industriearbeit ist dies besonders dringlich. Für diese Betroffene, wie auch  
46 für Beteiligte aus der Corona-Krise, müssen zusätzliche Möglichkeiten geschaffen werden.

47  
48 Das Alterssicherungssystem ist deshalb an die bevorstehenden strukturellen Umbrüche  
49 anzupassen. Die Arbeitswelt wird immer vielschichtiger. Der Trend zu immer individuelleren  
50 Erwerbsverläufen wird sich im Zuge der Veränderung weiter verstärken. Erziehungs-,  
51 Weiterbildungs- und Pflegezeiten werden zum Normalfall. Ein zeitgemäßes Rentensystem muss  
52 sich an die Tatsache einer dynamischeren Arbeitswelt anpassen und ebenfalls in Zeiten des  
53 Wandels soziale Sicherheit für alle gewährleisten.

54  
55 Für eine nachhaltige Verbesserung der Versorgung im Alter ist der Neuaufbau einer  
56 solidarischen und gerechten Alterssicherung unverzichtbar! Vor diesem Hintergrund fordern wir:

57 1. Die gesetzliche Rente ist und bleibt der Grundpfeiler der Alterssicherung. Berechnungen  
58 zeigen, dass die Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung positiv ist und auch für  
59 kommende Generationen positiv bleibt. Die gesetzliche Rente ist der Grundpfeiler der  
60 Alterssicherung in Deutschland. Die gesetzliche Rente muss auch zukünftig die dominante  
61 Säule der Alterssicherung sein. Das System der gesetzlichen Alterssicherung ist so  
62 umzubauen, dass das Ziel der Lebensstandardsicherung wieder ausschließlich durch das  
63 gesetzliche Rentensystem erreicht und damit die strukturelle Armut vermieden wird.

64  
65 Nur die Rückkehr zum Ziel einer auskömmlichen Altersrente kann der jahrzehnte-langen  
66 Arbeits- und Beitragsleistung der Versicherten gerecht werden.

67  
68 Die bestehenden und zukünftigen Regelungen zwischen Gewerkschaften und  
69 Arbeitgeberverbänden sowie Betriebs- bzw. Personalräten zur Betriebsrente sehen wir als  
70 Ergänzung an und sollen ausdrücklich unberührt bleiben. Die betriebliche Altersvorsorge soll  
71 als Ergänzung gestärkt und ihre Verbreitung deutlich erhöht werden. Angestrebt sollte aber  
72 eine betriebliche Altersversorgung, tariflich abgesichert und arbeitgeberfinanziert, als  
73 Zusatzbeitrag für die gesetzliche Rentenversicherung werden. Dies wäre ein zusätzlicher  
74 Beitrag zur individuellen Absicherung im Alter, bei Erwerbsminderung sowie zur  
75 Hinterbliebenenversorgung. Die bisherige Riesterrente mit staatlicher Subventionierung der  
76 Versicherungskonzerne darf nicht weitergeführt werden. Die gesetzliche Förderung privater  
77 Vorsorge muss entfallen. Für bestehende Verträge soll jedoch der Vertrauensschutz gelten.  
78 Alle für die Altersvorsorge notwendigen Steuermittel sind in der gesetzlichen  
79 Rentenversicherung zu bündeln.

80  
81 2. Durch schrittweise Anhebung des Rentenniveaus, um ein gutes Leben im Alter zu  
82 garantieren und eine auskömmliche Rente weitgehend zu sichern, ist die Abwärtsspirale  
83 bei der Rente mit einem dramatischen Anstieg der Altersarmut dauerhaft zu stoppen.

84  
85 Dies erfordert zwingend folgende Maßnahmen:

86  
87 1. Zentrale Bezugsgröße bei der Berechnung des Rentenniveaus ist die sogenannte  
88 Standardrente mit 45 Entgeltpunkten für 45 Jahre Durchschnittseinkommen. Diese  
89 Standardrente ist auf der Basis der von langjährig Versicherten im Schnitt tatsächlich  
90 erreichten Entgeltpunkte (derzeit etwa 43 Entgeltpunkte) neu zu definieren. Das Prinzip der  
91 Teilhabeäquivalenz als Kernprinzip der Rentenversicherung bedeutet aber nicht nur, dass

92 die Rente nach langjähriger Beitragszahlung angemessen, sondern auch, dass sie strukturell  
93 armutsfest sein muss.

94

95 2. Rente nach Mindestentgeltpunkten zur Aufwertung des Niedriglohnssektors. Wer seinen  
96 Lebensunterhalt jahrzehntelang mit seinem Lohn bestritten hat, hat auch eine Rente  
97 verdient, die den Lebensunterhalt deckt. Bei langjähriger Beitragszahlung zu  
98 durchschnittlich geringem Lohn bedarf es daher einer Aufwertung der eigenen  
99 Rentenansprüche und einer höheren Ersatzrate. Die Rente aus diesen  
100 Mindestentgeltpunkten ist versteckt im §262 Sozialgesetzbuch Nr. IV geregelt. Diese  
101 Vorschrift regelt eine Mindestbewertung von Pflichtbeitragszeiten vor 1992 (Rente nach  
102 Mindesteinkommen). liegen die Voraussetzungen nach §262 SGB VI vor, werden dem  
103 Rentenkonto des oder der betroffenen Versicherten zusätzliche Entgeltpunkte  
104 gutgeschrieben. Diese hat der Versicherte nicht aus eigenen Beitragsleistungen verdient,  
105 sondern wird ihm durch den Steuerzahler bezahlt. Die Aufstockung der Entgeltpunkte soll  
106 eine durchschnittliche Rente sicherstellen, die oberhalb der Grundsicherungsschwelle liegt.  
107 Zwingend notwendig bleibt eine rückwirkend aufstockende Regelung für die vergangenen  
108 Zeiten, die bei Rentenbeginn den individuellen Rentenanspruch erhöht.

109

110 3. Eine solidarische Finanzierung der Alterssicherung solidarisch finanzierte  
111 Erwerbstätigenversicherung

112

113

114 • Die Weiterentwicklung der solidarisch finanzierten Rentenversicherung in die zukünftig  
115 alle Erwerbstätigen in Form einer Erwerbstätigenversicherung in das Rentensystem  
116 einbezogen werden. Aus verschiedenen Gründen ist gerade jetzt, also zu Beginn der  
117 2020er Jahre der Umstieg auf eine Erwerbstätigenversicherung günstig und politisch  
118 geboten.

119

120 • Hierbei sollen in Zukunft Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber auch zusätzlich  
121 auf den Gewinn erhoben werden können. Die Höhe des Arbeitgeberbeitrages im Bereich  
122 des Niedriglohnssektors ist mindestens am Durchschnitt der Branche auszurichten  
123 (Arbeitgebermindestbeitrag).

124

125 • Auf die historisch gewachsenen Ansprüche in den Sonderversorgungssystemen besteht  
126 ein eigentumsähnlicher Bestandsschutz. Deshalb kann die Weiterentwicklung zu einer  
127 Erwerbstätigenversicherung nur schrittweise im Rahmen einer Stichtagsregelung  
128 vollzogen werden. Dabei werden jene Selbständige, Beamte, Abgeordnete oder  
129 freiberuflich Tätigen in die Versicherungspflicht einbezogen, die zum Stichtag noch nicht  
130 in einem obligatorischen Alterssicherungssystem versichert sind. Im Rahmen der  
131 Übergänge der Sonderversorgungssysteme in die Erwerbstätigenversicherung sind die  
132 jeweils nach altem Recht noch erworbenen Anwartschaften zu gewährleisten. Der  
133 Übergang wird daher ein bis zwei Generationen in Anspruch nehmen.

134

135

136 Beiträge und Bemessung

137

138 • Einen guten Sozialstaat gibt es nicht zum Nulltarif. Der von den Arbeitnehmern und  
139 Arbeitgebern solidarisch finanzierte Beitragssatz von derzeit 18,6% in der  
140 Rentenversicherung darf kein Tabu sein. Die Beitragssätze könnten somit über die  
141 gesetzliche Haltelinie steigen (ab 2025 20% und 22 % ab 2030). Dies kann auch über  
142 eine Erhöhung des Bundeszuschusses erfolgen. So können substantielle  
143 Verbesserungen im Rentenniveau erreicht werden.

144

145 • Aufgabe einer sozialdemokratischen Reform muss es sein, die Rentenformel an die  
146 jetzige und künftige Gesellschaft anzupassen und dieses Thema zu besetzen - als

147 Vereinfachung, als Klarheit und als Schutz vor dem Risiko der Altersarmut. Dabei muss  
148 es Ziel sein, Nachteile in der Rentenversicherung ohne bürokratischen Aufwand  
149 auszugleichen. Statt immer neue Ausnahmeregelungen zu schaffen, wäre zu prüfen, ob  
150 es nicht gerechter ist, z.B. das Drittel der persönlichen Entgeltpunkte für die  
151 Beitragszeiten mit der geringsten Bewertung auf den Durchschnitt der persönlichen  
152 Entgeltpunkte anzuheben bzw. zum Prinzip der Rente nach Mindesteinkommen  
153 zurückzukehren.

- 154
- 155 • Die Beitragsbemessungsgrenze für die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung ist  
156 aufzuheben, wobei die Leistungen degressiv abgeflacht werden. Das bedeutet, dass  
157 oberhalb eines noch festzulegenden hohen Jahreseinkommens die mit den Beiträgen  
158 verbundenen Rentenanwartschaften bei Berücksichtigung der verfassungsrechtlichen  
159 Vorgaben nicht mehr im Verhältnis 1:1 ansteigen würden. Außerdem sollen die  
160 Arbeitnehmer-Beiträge zu den Sozialversicherungen in den unteren  
161 Einkommensbereichen zulasten entsprechender Arbeitgeberbeiträge stark  
162 reduziert werden.
  - 163
  - 164 • Die Verschlechterung der Rentenformel durch den Nachhaltigkeitsfaktor muss  
165 zurückgenommen werden.
  - 166
  - 167 • Um ein ausreichendes Grundeinkommen für alle Bevölkerungsschichten zu erreichen,  
168 muss der Grundfreibetrag deutlich angehoben werden.
  - 169

#### 170 Steuer- und Verteilungspolitik, Zuschuss

- 171
- 172 • Die notwendige ausreichende Kapitalausstattung der umlagefinanzierten gesetzlichen  
173 Rente ist durch einen angemessenen Zuschuss aus dem Bundeshaushalt herzustellen.  
174 Darüber hinaus ist darauf hinzuwirken, dass auch die gesetzliche Rente nur zur Hälfte  
175 auf Leistungen nach dem SGB XII angerechnet wird.
  - 176
  - 177 • Außerdem muss ein wesentlicher Teil zur Finanzierung der gesetzlichen Rente zügig  
178 durch eine gerechte Steuer- und Verteilungspolitik erbracht werden. Der  
179 Spitzensteuersatz ist zu erhöhen, um die soziale Ungleichheit einzudämmen. Außerdem  
180 sind europaweit Finanzgeschäfte und die Umsätze von digitalen Unternehmen zu  
181 besteuern.  
182 Mehreinnahmen sind zur Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung einzusetzen.  
183 Altersvorsorge ist auch und gerade in Zeiten tiefgreifender Umbrüche eine  
184 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Angesichts der Reichtumsentwicklung ist sie auch  
185 finanzierbar.
  - 186

#### 187 Beitragsungedeckte Leistungen steuerlich finanzieren

- 188
- 189 • Leistungen, die systematisch nicht durch Beiträge gedeckt sind, wollen wir solidarisch  
190 und gerecht über Steuermittel finanzieren. Es entspricht der rentenpolitischen  
191 Beschlusslage der SPD, alle versicherungsfremden, aber sozial notwendige Leistungen  
192 über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzieren. Dazu gehören zum Beispiel:  
193 einheitliche Mütterrente, Ost-West Angleichung, Erwerbsminderungsrente, Erziehungs-  
194 und Pflegeleistungen. Es darf keine Finanzierung dieser Leistungen über die  
195 Rentenbeiträge geben.
  - 196

#### 197 Betriebliche Altersvorsorge als Ergänzung

- 198
- 199 • Die bestehenden und zukünftig vereinbarten Regelungen zwischen Gewerkschaften und  
200 Arbeitgeberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier ausdrücklich unberührt  
201 bleiben. Die betriebliche Altersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre Verbreitung  
202 deutlich erhöht werden. Angestrebt sollte eine betriebliche Altersversorgung (bAV),

- 203 tariflich abgesichert und arbeitgeberfinanziert, als Zusatzbeitrag für die gesetzliche  
204 Rentenversicherung werden. Dies wäre ein zusätzlicher Beitrag zur individuellen  
205 Absicherung im Alter, bei Erwerbsminderung sowie zur Hinterbliebenenversorgung.  
206 • Eine freiwillige Eigenbeteiligung durch die Arbeitnehmer sollte ebenso als Zusatzbeitrag  
207 für die gesetzliche Rentenversicherung möglich sein.  
208  
209 • Grundsätzlich müssen zur Sicherung der bAV die Zusagen für die Beschäftigten  
210 weiterhin so belastbar wie möglich sein (garantierte Mindestleistung und eine  
211 verpflichtende, insolvenz sichere Arbeitgeberhaftung).  
212

#### 213 Doppelte Verbeitragung / Beitragsfreiheit 214

- 215 • Damit sich der Aufbau einer betrieblichen Altersversorgung auch in der  
216 Auszahlungsphase entsprechend lohnt, sind unsachgemäße Belastungen von  
217 Betriebsrenten abzuschaffen. Bei der Auszahlung von Betriebsrenten muss die doppelte  
218 Beitragspflicht zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wegfallen und analog der  
219 gesetzlichen Rente ist nur der Arbeitnehmeranteil (7,3%) und die Hälfte des  
220 Zusatzbeitrages zu entrichten. Es muss sichergestellt werden, insbesondere im Falle  
221 einer möglichen Erwerbstätigenversicherung, dass es für Einzahlung bzw. Umwandlung  
222 sowie bei der Auszahlung eine einmalige Sozialversicherungsverbeitragung gibt. Eine  
223 nochmalige Verbeitragung des Einzahlungs- bzw. Umwandlungsbetrages lehnen wir ab!  
224 In diesem Zusammenhang muss die Beitragsfreiheit von Betriebsrenten bei  
225 Überschreitung der heutigen Freibetragsgrenze möglichst weitgehend wiederhergestellt  
226 werden.  
227

#### 228 4. Guter Übergang in die Rente statt Rente mit 67! 229

##### 230 Die Regelaltersgrenze anpassen. 231

- 232 • Die Diskussionen um Verbesserungen beim Rentenniveau wie bei der  
233 Armutsbekämpfung werden konterkariert durch die nicht enden wollende Debatten um  
234 eine immer höhere Regelaltersgrenze. Letztere lehnen wir ab.  
235
- 236 • Eine realistisch in Arbeit erreichbare Regelaltersgrenze muss gerade vor dem  
237 Hintergrund der Corona-Pandemie und des Wandels der Arbeit verstärkt von  
238 passgenauen Optionen für die Gestaltung sozial abgesicherter Übergänge während des  
239 Erwerbslebens sowie beim Ausstieg aus dem Erwerbsleben begleitet werden. Diese  
240 flexiblen, abschlagsfreien Übergänge vom Arbeitsleben in den Ruhestand müssen  
241 gefördert werden.  
242

##### 243 Mögliche Instrumente für den Übergang in den Ruhestand sind hier insbesondere: 244

- 245 - die Stärkung der Rahmenbedingungen für die Altersteilzeit,  
246
- 247 • Abfindungen müssen auf Wunsch des Arbeitnehmers in Zeit als Freistellung innerhalb  
248 des Arbeitsverhältnisses über ein Zeitwertkonto gewährt werden.  
249
- 250 • Bei Entlassungen rentennaher Jahrgänge oder bei betrieblichen Regelungen zum  
251 flexiblen Übergang in die Rente muss der Arbeitgeber den eventuellen Rentenverlust  
252 durch früheren Rentenbeginn mit einer entsprechenden Ausgleichszahlung gemäß  
253 Sozialgesetzbuch VI, §187a ausgleichen. Es muss sichergestellt sein, dass für die  
254 betreffenden Arbeitnehmer kein Rentenabschlag erfolgt.  
255
- 256 • ein dauerhafter Rentenzugang ohne Abschläge mit 63 Jahren und nach mindestens 45  
257 Beitragsjahren.



258

259 Erwerbsminderungsschutz verbessern

260

261 • Der Invaliditätsschutz der gesetzlichen Rentenversicherungen ist weiter zu verbessern.  
262 Der Zugang zu den Erwerbsminderungsrenten ist zu erleichtern.

263

264 • Die Altfälle sollen den Neufällen gleichgestellt werden. Die Zurechnungszeiten für die  
265 Erwerbsminderungsrenten (auch Altfälle) werden auf 65 Jahre verlängert.  
266 Erwerbsgemindert ist, wer wegen körperlicher (z.B. Unfall) oder psychischer Erkrankung  
267 einer Erwerbstätigkeit nicht mehr nachgehen kann.

268

269 Erwerbsgeminderte wurden dabei so gestellt, als hätten sie mit ihrem bisherigen  
270 Einkommen bis zum 62. statt wie vorher bis zum 60. Geburtstag weitergearbeitet.

271

272 • Außerdem müssen neben der beschlossenen Verlängerung der Zurechnungszeiten bei  
273 der Erwerbsminderungsrente in einem weiteren Schritt die ungerechtfertigten Abschläge  
274 beseitigt werden. Niemand wird freiwillig erwerbsgemindert.

275

276 • Währenddessen müssen die Angebote und Möglichkeiten der Prävention und  
277 Rehabilitation auch durch die gesetzliche Rentenversicherung ausgeweitet werden, um  
278 alters- und alternsgerechte Arbeit zu fördern und gesundheitsbedingte vorgezogene  
279 Erwerbsaustritte möglichst lange zu verhindern.

280

281 **Begründung:**

282

283 Erfolgt mündlich.

284

285

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord**  
**9.Oktober 2021**  
**Baunatal**

Antrag: SGR03

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Hersfeld-Rotenburg

Adressat: Hessische Landesregierung

Krankenhausfinanzierung

Der Bezirksparteitag beschloss:

1  
2 Der SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord fordert die Hessische Landesregierung auf, bei der  
3 Krankenhausfinanzierung zu handeln. Das bedeutet:

- 4
- 5 1. Gerade in Zeiten, in denen eine Pandemie die Notwendigkeit flächendeckender  
6 medizinischer Versorgung unabweisbar macht, müssen die Investitionen landesseitig  
7 deutlich verbessert werden.
- 8
- 9 2. Mit dem Schattenhaushalt von 12 Milliarden Euro verfügt das Land Hessen über die  
10 notwendigen Mittel, zu handeln.
- 11
- 12 3. Gerade in Zeiten, in denen eine Pandemie die Notwendigkeit flächendeckender  
13 medizinischer Versorgung unabweisbar macht, ist die Verlängerung des  
14 Krankenhausgesetzes im Land Hessen um 7 lange Jahre ein herber Rückschlag. Wird  
15 doch damit der originäre Landesanteil mit 18,4 Millionen Euro für das ganze Land  
16 Hessen festgeschrieben.
- 17
- 18 4. Zur Aufstockung der 18,4 Millionen Landesmittel werden maßgeblich die  
19 Krankenhausumlage (Hersfeld-Rotenburg: vom Landkreis in 2019 2,7 Millionen Euro  
20 ans Land), Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich sowie ein  
21 Arbeitnehmer/Arbeitgeber-Beitrag herangezogen. Neuerdings kommen von den  
22 gewerbesteuereinnehmenden Kommunen weitere 35 Millionen Euro Umlage jährlich  
23 dazu. Das ist ein starkes Stück!
- 24
- 25 5. Deshalb muss das Land Hessen endlich handeln und seinen letzten oder vorletzten  
26 Platz unter den Bundesländern bei der Krankenhausfinanzierung verlassen. Schwarz-  
27 grünes Aussitzen reicht bei dieser Zukunftsaufgabe, die die Notwendigkeit  
28 flächendeckender medizinischer Versorgung unabweisbar macht, nicht aus.
- 29
- 30 6. Allein für die Krankenhausfinanzierung in Hersfeld-Rotenburg sind landesseitig die gut  
31 100 Millionen Euro Investitionsmittel aufzubringen.
- 32
- 33
- 34

- angenommen  
D abgelehnt  
D überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
9.Oktober 2021  
Baunatal**

Antrag: SGR04

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Ärztliche Versorgung für Schwangerschaftsabbrüche  
sicherstellen

Der Bezirksparteitag beschloss :

1  
2 Die ärztliche Versorgung im Bereich Schwangerschaftsabbrüche in Deutschland variiert  
3 regional, und ist in Teilen Deutschlands nur unzureichend sichergestellt. Deswegen fordern wir:  
4 Die Einrichtung einer bundesweiten Monitoring Stelle, bei der Ärzt\*innen, die  
5 Schwangerschaftsabbrüche vornehmen, systematisch erfasst werden.  
6 Gleichzeitig ermöglicht dies auch den Bundesländern, ihrer Verantwortung für ausreichende  
7 Versorgung mit medizinischen Eingriffen zu gewährleisten, nachzukommen. Deswegen sollen  
8 gleichzeitig bundesweit gültige Kriterien entwickelt werden, in denen erfasst wird, wie viele  
9 Ärzt\*innen für einen festzulegenden Radius Schwangerschaftsabbrüche durchführen können  
10 müssen.  
11 Gleichzeitig muss sichergestellt werden, dass für Ärzt\*innen die im Rahmen der Monitoring  
12 Stelle erfasst werden, keine negativen Konsequenzen folgen (beispielsweise durch  
13 Bedrohungen, Gehaltsverlust auf Grund von Gegner\*innen von Schwangerschaftsabbrüchen).

**14**  
15  
16 Begründung:  
17  
18 Erfolgt mündlich

19  
20  
21  
22  
23

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
9.Oktober 2021  
Baunatal**

Antrag: SGR05

Antragsteller: Juso-Bezirkskonferenz

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Landesparteitag

Spielen ist für alle wichtig - inklusive Spielplätze schaffen

Der Bezirksparteitag beschloss:

1 Bund und Länder sollen für die Einrichtung von barrierefreien Spielplätzen sowie die bauliche  
2 Veränderung bereits bestehender Spielplätze, um Barrieren abzubauen - Förderprogramme für  
3 Kommunen aufsetzen. Selbstverständlich darf dies nur mit Beteiligung von Betroffenen  
4 geschehen.

5  
6

7 **Begründung:**

8

9 Spielen ist essentiell für die Entwicklung von Kindern, Spielplätze bieten hierfür vielfältige  
10 Geräte und Möglichkeiten. Außerdem sind Spielplätze ein wichtiger Ort zum Freundschaften  
11 schließen, sowie zur kognitiven und physischen Entwicklung. Behinderte Menschen werden  
12 durch nicht inklusive Spielplätze von diesen wichtigen Erfahrungen ausgeschlossen.  
13 Die wenigsten Spielplätze ermöglichen Erwachsenen oder Kindern mit Behinderung eine  
14 Teilhabe. Darüber hinaus wird Kindern mit und ohne Behinderung dadurch die Möglichkeit des  
15 gegenseitigen Kennenlernens genommen und zur gesamtgesellschaftlichen Exklusion von  
16 Menschen mit Behinderung beigetragen. Gemeinsames Spielen kann ein wichtiger  
17 Transformator zu einer inklusiven Gesellschaft sein, der leider bisher kaum genutzt wird.  
18 Dabei können selbst bestehende Spielplätze zumindest teilweise umgestaltet werden, um mehr  
19 Barrierefreiheit zu schaffen.

20 Folgende Punkte wären beispielsweise leicht umsetzbar und ein erster Schritt zu inklusiveren  
21 Spielplätzen:

- 22 - Die Bepflasterung von Wegen, um sie mit Rollstühlen oder Rollatoren befahrbar oder für  
23 Gehhilfen begehbar zu machen
- 24 - Leitliniensysteme für Menschen mit Sehbehinderung und blinde Menschen auch auf  
25 Spielplätzen sowie eine Übersicht in Brailleschrift am Spielplatzeingang
- 26 - Halterungen an Sitzmöglichkeiten um den Ein- und Ausstieg aus einem Rollstuhl zu  
27 ermöglichen
- 28 - Sitzmöglichkeiten an Sandkästen inklusive Halterungen
- 29 - Barrierefreie Spielgeräte, wie beispielsweise eine Rollstuhlschaukel, eine Rollstuhlwappe  
30 oder eine Handschaukel

31

32 Weiterführende Informationen:

33 <https://behinderung.org/barrierefreie-spielplaetze.htm>

34 <https://nullbarriere.de/spielplatz-planung.htm>

35 <https://www.myhandicap.de/partnerschaft-behinderung/familie/kinder-handicap/barrierefreier-spielplatz/>

36  
37

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
29. Mai 2021  
Baunatal**

Antrag: WBA03

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion,  
S&D-Fraktion in Europäischen Parlament

Gerechtigkeit für Zentralafrika

Der Bezirksparteitag beschloss:

1  
2 Die S&D-Fraktion wird aufgefordert sich aktiv für die Gerechtigkeit und die Einhaltung der  
3 Menschenrechte in Zentralafrika, wie z. B. Ruanda, der Demokratischen Republik Kongo,  
4 Burundi u.a. einzusetzen. Es sollen Konzepte entwickelt werden, die nicht länger  
5 profitorientierte Ziele in den Vordergrund stellen. Den Menschen soll wieder ermöglicht werden  
6 zu arbeiten und sich selbst zu versorgen. Außerdem sollen erste Produktionsschritte, wie die  
7 Veredelung, innerhalb der Landesgrenzen stattfinden. Bei Sorge um die Versorgung der  
8 europäischen Staaten mit Rohstoffen aus diesen Regionen sollen alternative Konzepte oder  
9 Recycling der Stoffe unterstützt und entwickelt werden. Auch eine Aufklärung der  
10 Verbraucher\*innen, darüber woher die Rohstoffe, die z.B. auch in Smartphones notwendig sind,  
11 kommen, soll stattfinden.

12  
13  
14 **Begründung:**

15  
16 Die Region Zentral- und Ostafrikas ist seit ihrer Unabhängigkeit aus der Kolonialzeit von  
17 Konflikten geplagt, die Verbrechen an der Menschlichkeit und Millionen Tote nach sich ziehen.  
18 Meist drehen sich die Konflikte um die reichen und seltenen Rohstoffvorkommen der Region.  
19 Auch die Europäische Union hat in diesen Konflikten keine glanzvolle Rolle gespielt und eher  
20 Rohstoff- als Menschenorientiert gearbeitet. Durch ein Minengesetz, das maßgeblich von der  
21 Weltbank beeinflusst wurde, ist es einigen internationalen Unternehmen möglich dort quasi  
22 steuerfrei zu schürfen. Die Arbeit für handwerkliche (artisanale) Schürfer wurde durch die  
23 Einführung des Dodd Frank Acts (USA) unmöglich gemacht, da ihre Erze nach dessen  
24 Vorschriften nicht länger gehandelt werden dürfen. Dadurch entstehen immer wieder  
25 bewaffnete Konflikte zwischen Dörfern oder Stämmen. Durch die internationale steuerfreie  
26 Ausbeutung und das Ausnutzen der politisch instabilen Verhältnisse, sowie das mehrmalige  
27 Einmischen in die Regierungen vor Ort entstehen immer wieder humanitäre Krisen.  
28 Hilfsorganisationen können und sollten das nicht auffangen müssen. In allen Anliegen um  
29 Zentral- und Ostafrika muss endlich das Wohl und Selbstbestimmungsrecht der Einwohner  
30 erste Priorität haben.

31  
32  
33

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord**  
**29. Mai 2021**  
**Baunatal**

Antrag: WBA04

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

Mehr Sicherheit - Weniger Befristungen

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1
- 2 Die Befristung eines Arbeitsverhältnisses ohne Sachgrund darf nicht mehr zulässig sein.
- 3 Ein Arbeitsverhältnis bei Vorliegen eines Sachgrundes zu befristen darf nur noch in engen
- 4 Grenzen zulässig sein. Die Befristungsmöglichkeit der öffentlichen Arbeitgeber durch
- 5 haushaltsrechtliche Bestimmung wird abgeschafft (§ 14 Abs. 1 Nr. 7 Teilzeitbefristungsgesetz).
- 6 Bei Befristungen mit Sachgrund darf eine Gesamtdauer von maximal 18 Monaten nicht
- 7 überschritten werden.
- 8
- 9
- 10 **Begründung:**
- 11
- 12 Der Koalitionsvertrag muss so schnell wie möglich umgesetzt werden. Nach diesem sollen
- 13 Arbeitgeber mit mehr als 75 Beschäftigten nur noch maximal 2,5 Prozent der Belegschaft
- 14 sachgrundlos befristen dürfen. Außerdem sollen sog. "Kettenbefristungen" laut Koalitionsvertrag
- 15 nur noch bis zu einer Höchstdauer von fünf Jahren zulässig sein.
- 16 Aus unserer Sicht ist aber noch mehr nötig;
- 17 Die Große Koalition im Bund befasst sich bislang vor allem mit den Befristungen ohne
- 18 Sachgrund. Tatsächlich sind aber die Befristungen mit Sachgrund in der Praxis noch
- 19 bedeutsamer. Weil der Koalitionsvertrag auch das Recht auf die sog. "befristete Teilzeit"
- 20 einführen, verschärft sich das Problem evtl. noch: Wenn die Eingehung eines
- 21 Teilzeitarbeitsverhältnisses erleichtert wird, wird es tendenziell auch mehr befristete
- 22 Arbeitsverhältnisse geben - denn für den freiwerdenden Stellenanteil ist es dann möglich, einen
- 23 Arbeitnehmer einzustellen, dessen Arbeitsvertrag mit Sachgrund befristet wird.
- 24 Von der guten Lage in der deutschen Wirtschaft müssen die Arbeitnehmer profitieren - und
- 25 zwar auch in Form von mehr Job-Sicherheit. Wie erreicht man dieses Ziel? Insbesondere muss
- 26 § 14 Abs. 1 Nr. 1 TzBfG gestrichen werden. Diese Vorschrift gibt dem Arbeitgeber mehr oder
- 27 weniger immer eine Befristungsmöglichkeit, die gerichtlich nur schwer überprüfbar ist. Für ganz
- 28 kurzfristige Tätigkeiten genügt zudem der eingeschränkte Anwendungsbereich des
- 29 Kündigungsschutzgesetzes.
- 30 Wir sind der Ansicht, dass sämtliche Reformvorhaben betreffend die rechtlichen Möglichkeiten
- 31 zur Befristung von Arbeitsverhältnissen auch für Behörden und sonstige öffentliche Arbeitgeber
- 32 gelten sollten. Die Reformvorhaben sollten sich auf Behörden aller Hierarchieebenen
- 33 erstrecken, also auf sämtliche Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden.
- 34 Es besteht kein Grund dazu, Behörden von den Reformvorhaben auszunehmen. Vielmehr ist es
- 35 umgekehrt so, dass der Staat mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Ihn sollten dieselben
- 36 sozialstaatlichen Verpflichtungen treffen wie private Arbeitgeber. Daneben spricht auch die
- 37 Wettbewerbsfähigkeit des Staates als Arbeitgeber dafür, die Reformvorhaben auszuweiten:
- 38 Qualifizierte Arbeitssuchende werden sich regelmäßig für den Arbeitgeber entscheiden, der die

39 besten Arbeitsbedingungen bietet. Ein unbefristeter Arbeitsvertrag ist bei der Bewertung der  
40 Arbeitsbedingungen ein zentraler Aspekt. Gerade in der Justiz war bereits zu beobachten, dass  
41 gerade die besten Beschäftigten zu einem anderen Arbeitgeber gewechselt sind, weil ihnen dort  
42 unbefristete Arbeitsverhältnisse angeboten worden waren. Insbesondere ist es vor diesem  
43 Hintergrund erforderlich, die Regelung in § 14 Abs. 1 Nr. 7 TzBfG zu streichen. Es kann nicht  
44 sein, dass sich der öffentliche Dienst selbst Befristungsgründe schaffen darf.

45  
46

- angenommen
- abgelehnt
- überwiesen an

**SPD-Bezirksparteitag Hessen-Nord  
29. Mai 2021  
Baunatal**

Resolution: R 01

Antragsteller: SPD-Unterbezirk Kassel-Stadt

Adressat: SPD-Parteivorstand

Betr.: Ernährungswende wagen und gestalten!

Der Bezirksparteitag beschloss:

- 1  
2 Immer mehr Menschen ernähren sich vegetarisch oder vegan, der Fleischkonsum in  
3 Deutschland ist in den letzten Jahren gesunken. Diese Entwicklung begrüßen und unterstützen  
4 wir ausdrücklich, denn Politik muss stets auf beiden Seiten ansetzen, bei der Produktion und  
5 beim Konsum.  
6 Es ist daher zentrales Ziel nachhaltiger Klima-, Landwirtschafts- und Ernährungspolitik, über  
7 pflanzliche Ernährung aufzuklären und sie zu fördern. Wir fordern:  
8  
9 • die Berücksichtigung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von Lebensmitteln im Klimaschutzgesetz  
10  
11 • pflanzliche Produkte wie Hafertrunk gegenüber tierischen Produkten wie Kuhmilch  
12 steuerlich mindestens gleichzustellen  
13  
14 • Abkehr von der Intensivierung der Tierhaltung und der Mengenproduktion, die zu einer  
15 immer stärkeren Exportorientierung führt  
16  
17 • Transparenz durch verpflichtende Haltungskennzeichnung aller Tierprodukte, nicht nur von  
18 Fleisch  
19  
20 • Keine Bewerbung, die eine höhere Haltungsstufe gemäß der Haltungskennzeichnung  
21 suggeriert  
22  
23 • Klare Kennzeichnung von tierischen Inhaltsstoffen, auch solchen, die im Endprodukt nicht  
24 mehr enthalten sind  
25  
26 • Öffentliche Bildung der Verbraucher\*innen, insbesondere über die Folgen der Tierhaltung  
27 und die Vorteile pflanzlicher Ernährung  
28  
29 • eine Anpassung der Ausbildung gastronomischer Berufe, sodass die Zubereitung  
30 pflanzlicher Lebensmittel einen höheren Stellenwert erhält und eine vegane Kochausbildung  
31 ermöglicht wird  
32  
33 • Auf unseren eigenen Veranstaltungen gehen wir mit möglichst pflanzlicher Ernährung voran  
34 und gestalten das Catering und Essensangebot vorwiegend vegetarisch und biologisch.  
35 Dabei bieten wir stets auch eine vollwertige vegane Alternative an.  
36



- 37 • externe Kosten der Tierproduktion sichtbar machen, vom Grundwasserschutz bis zu den  
38 gesellschaftlichen Folgekosten des Klimawandels  
39
- 40 • Subventionen für Tierprodukte abzubauen, beispielsweise beim EU-Schulprogramm Milch,  
41 und an ökologischen Kriterien zu orientieren, insbesondere bei der Gemeinsamen  
42 Agrarpolitik der EU  
43
- 44 • dass die öffentlichen Mensen und Kantinen ihr vollwertiges veganes Angebot ausweiten und  
45 insgesamt weniger tierische Lebensmittel verwenden  
46
- 47 • eine EU-weite Legal-Definition von "vegetarisch" und "vegan" festzulegen  
48

49 Auf dieser Grundlage fordern wir den SPD-Parteivorstand auf, ein Konzept für den Umwelt- und  
50 Klimaschutz zu schaffen. In diesem Konzept muss der Kampf gegen den menschengemachten  
51 Klimawandel ganzheitlich gedacht werden. Das schließt auch Aspekte der Energiewirtschaft,  
52 Handel, Industrie, Landwirtschaft, Verkehr und Ernährung ein.  
53

54

55 Begründung:

56

57 Pflanzen sind die Grundlage menschlicher Ernährung, ein Großteil der Welternährung basiert  
58 auf Getreide, Hülsenfrüchten und Gemüse. Nahrungsmittel tierischen Ursprungs basieren  
59 dagegen zunehmend auf Futtermitteln, die auf Flächen angebaut werden, die auch für die  
60 menschliche Ernährung oder als CO<sub>2</sub>-Senke genutzt werden könnten. Das hat erhebliche  
61 Folgen für die Ökobilanz.

62

63 Global betrachtet verursacht die Erzeugung tierischer Lebensmittel mehr Klimagase als der  
64 gesamte Verkehrsbereich. Die Studien der letzten Jahre und der im August 2019 veröffentlichte  
65 IPCC-Bericht zeigen deutlich, dass zum Erreichen der Klimaziele eine massive Reduktion des  
66 Konsums von Tierprodukten notwendig ist. Selbst wenn wir morgen eine radikale Energie- und  
67 Verkehrswende einleiten - wenn wir weiterhin so viele tierische Produkte herstellen und  
68 konsumieren, werden wir das Paris-Ziel von deutlich unter 2 Grad, möglichst unter 1,5 Grad,  
69 Erwärmung verfehlen.  
70

71 Regelmäßig gibt es neue Nachweise für die weiteren Umweltschäden, die mit der  
72 Tierproduktion einhergehen. Abgeholzte Regenwälder für die Futtermittelproduktion, Güllefluten  
73 und antibiotikaresistente Keime, Wasser- und Flächenverbrauch machen deutlich, wie dringend  
74 ein Wandel nötig ist. Auf der anderen Seite verweist die Gesundheitsforschung immer wieder  
75 auf die Vorteile einer vielfältigen, überwiegend pflanzlichen Ernährung, insbesondere mit Blick  
76 auf Zivilisationskrankheiten wie Typ-2-Diabetes, Osteoporose oder Herz-Kreislauf-  
77 Erkrankungen.  
78

79 Der hohe globale Tierproduktkonsum kann nur durch Zucht auf extreme Leistung und  
80 Haltungsbedingungen auf Kosten der Tiere befriedigt werden. Neben einer Verringerung des  
81 Exports von Tierprodukten aus Deutschland, ist es wichtig, dass Menschen sich verstärkt  
82 pflanzlich ernähren, erst dadurch sinkt die Nachfragelast und damit auch der Druck auf eine  
83 zunehmend intensive Tierhaltung. Neben uns Menschen profitieren daher auch Tiere von mehr  
84 pflanzlicher Ernährung. Eine erfolgreiche Agrarwende setzt neben der notwendigen Umstellung  
85 des Agrarsystems, der gesetzlichen Haltungsbedingungen und der EU-Agrarförderung auch  
86 eine Ernährungswende voraus!"  
87

88

- D angenommen  
 D abgelehnt  
 überwiesen an